

Die costaricanische Delegation empfahl die Verabschiedung des Abschlussdokumentes der Konferenz, da dieses, wenn auch kein „perfekter Text“, um einiges ambitionierter sei, als man erwartet habe. Somit sei das wichtigste Ergebnis von COP16, dass der in Kopenhagen verloren geglaubte Schwung der Verhandlungen nun endlich zu spüren sei, so der Außenminister. Die costaricanische Tageszeitung *La Nación* sprach von einem historischen Verhandlungsabschluss.

FAZIT

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Klimawandel in Costa Rica thematisiert wird. Es bestehen Kapazitäten in den Bereichen meteorologische Messung und Prognose, Entwicklung von Reduktions- und Anpassungsstrategien sowie Projektion auf internationaler Ebene und Verhandlungen. Für die Finanzierung der CO₂-Neutralität fehlen finanzielle Mittel. Die Herangehensweise der Regierung basiert

wie meist in der costaricanischen Umweltpolitik auf den Konzepten der ökologischen Modernisierung und den Environmental Economics. Dies wird von der Umwelt-NGO-Szene sowohl konzeptionell als auch in der Praxis stark hinterfragt.

Das Vorhaben wird außerdem von der Regierung genutzt, um sich auf internationaler Ebene zu profilieren. Aber mehr als das: Der aktuelle Außenminister und seine Delegation setzten sich aktiv für einen positiven Verlauf und Abschluss der Verhandlungen in Cancún ein. Diese erfreuliche Tatsache wird sicherlich auch die nächsten drei Jahre von Castros Amtszeit bestehen bleiben.

Inwieweit die Umsetzung der nationalen Klimastrategie funktioniert, bleibt abzuwarten. Sollte es Costa Rica gelingen, seine Emission von Treibhausgasen zu reduzieren und unabhängig davon seinen Waldschutz aufrechtzuerhalten, werden dies sicherlich alle Beteiligten sehr begrüßen.

MEXIKO

Frank Priess

WER NICHTS ERWARTET, IST MIT WENIG ZUFRIEDEN. KLIMAGIPFEL IN CANCÚN SCHEITERT NICHT, ABER REICHT DER ERFOLG?

Viel Lob erhielten Mexiko als Gastgeber und Außenministerin Patricia Espinosa als Präsidentin der letzten Klimakonferenz (COP16) in Cancún (Mexiko). Einer geschickten Steuerung der Konferenz mit einem Gastgeber, der sich stets konstruktiv und vertrauensbildend verhielt und sich bewusst nicht in den Vordergrund drängte, habe zum Erfolg der Konferenz wesentlich beigetragen, so Teilnehmer. UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon schloss sich diesem Lob ausdrücklich an. Mexiko und seiner eher leisen Außenpolitik tut diese Anerkennung gut, wird sie doch immer mit dem eher lautstarken Brasilien verglichen. Auch kommt das von Narco-Gewalt gebeutelte Land endlich einmal mit positiven Nachrichten in die internationalen Schlagzeilen.

Schon bei der Eröffnung der COP16 am 29. November hatte sich Präsident Felipe Calderón gegen das „falsche Dilemma“ ausgesprochen, Wachstum und Klimaschutz als Gegensätze zu sehen. „Es ist absolut

möglich, die Emission klimaschädlicher Gase zu reduzieren und gleichzeitig nicht nur ökonomisches Wachstum aufrechtzuerhalten, sondern vielmehr neue Formen der Produktivität, des Wachstums und der Schaffung von Arbeitsplätzen in einer grünen Entwicklung, einem grünen Wachstum und Nachhaltigkeit zu generieren.“ Der Armutsbekämpfung, so Calderón vor den Vertretern von 194 Teilnehmerstaaten, komme dabei höchste Bedeutung zu. In der Zeitschrift *Die Politische Meinung* der Konrad-Adenauer-Stiftung hatte Calderón schon zuvor geschrieben, dass die Kosten für ein Nicht-Handeln höher seien als die für gezielte Aktionen: Im Falle Mexiko wären ohne Klimaschutz Umweltschäden in Höhe von sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erwarten gewesen, die kontinuierlichen Kosten für Mitigationsmaßnahmen lägen lediglich bei 0,56 Prozent.

Klimaschutz ist für den Präsidenten eine erklärte Priorität. Immer wieder nahm er internationale Treffen zum Anlass, die Gemeinschaft der Staaten an ihre gemeinsame Verantwortung zu erinnern, zuletzt beim G-20-Gipfel im kanadischen Toronto, dem Treffen der afrikanischen Staatschefs in Ugandas

Hauptstadt Kampala oder der Eröffnung der Bonner Cancún-Vorbereitungskonferenz Mitte des Jahres – hier gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, so der Präsident damals, dürften die Aufmerksamkeit nicht von einer Problematik abziehen, für die die Welt keine zweite Chance erhalten werde. Mit einer intensiven Reisediplomatie hatte Außenministerin Espinosa versucht, zumindest die Lateinamerikaner für eine gemeinsame Linie zu gewinnen. Im Juli hatte sie zudem asiatische Schlüsseländer besucht, wobei die Frage der Unterstützung für Cancún im Mittelpunkt stand.

Mexiko hat immer wieder eine gewisse Mittelposition eingenommen, indem es einerseits zusätzliche Anstrengungen der Industrieländer zur Reduktion der Treibhausgase anmahnte, gleichzeitig aber auch für konkrete Verpflichtungen der Schwellen- und Entwicklungsländer plädierte. Hier ging das Land mit der Selbstverpflichtung, die eigenen Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 30 Prozent zu reduzieren, voran. Auch plädiert Mexiko nachhaltig für den internationalen Emissionshandel und eine zweite Phase des Kyoto-Protokolls. Das Land ist allerdings nur für 1,6 Prozent des internationalen CO₂-Ausstoßes verantwortlich – selbst ein ambitioniertes Programm mit einem Setzen auf Erneuerbare Energien entlastet das Weltklima so nur unwesentlich.

Für den Zeitraum von 2009 bis 2012 hat die mexikanische Regierung ein „Spezialprogramm für den Klimawandel“ (PECC) aufgelegt, in dessen Analyseteil die besondere Verwundbarkeit des Landes deutlich gemacht wird: Danach sind 15 Prozent des nationalen Territoriums und 68,2 Prozent der Bevölkerung erhöhten Risiken ausgesetzt, mehr als 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts könnten betroffen sein. Mehr als zwanzig Millionen Mexikaner leben allein in Gebieten, die von den Auswirkungen von Tropenstürmen betroffen sind. Die geographische Lage des Landes zwischen den Ozeanen, seine Klimabedingungen und hydrologischen Gegebenheiten machen den Klimaschutz zu einer zentralen Aufgabe, die lange vernachlässigt wurde. In speziellen „Risiko-Atlanten“ will man nun bis 2012 Grade der Verwundbarkeit spezifizieren, die Verantwortlichkeiten der Bundesstaaten einbeziehen und ein „Programm der ökologischen Neuordnung“ auf den Weg bringen.

Was getan werden müsste, zeigt ein Gesetzentwurf von PAN-Senator Alberto Cárdenas Jiménez: Zentral sei ein stabiler juristischer Rahmen für Innovationen bei Erneuerbaren Energien, für das Energiesparen und die Reduktion des Treibhausgases CO₂. Dafür formuliert er die Reduktion von 51 Millionen Tonnen CO₂ bis

2012 als klares Ziel. Zur Implementierung wird eine Klimakommission mit ausgedehnten Kompetenzen vorgeschlagen. Über die nationale Variante eines „Grünen Fonds“ könnten die materiellen Ressourcen gebündelt werden – auch internationale Zuwendungen könnten hier einfließen. Ferner solle ein nationales Emissionsregister geschaffen werden. Ein Emissionsmarkt müsse entstehen – Verstöße müssten mit klaren Sanktionen geahndet werden können. Auch gehe es im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung darum, die Energieeffizienz und die Effizienz beim Ressourcenverbrauch deutlich zu steigern. Parallel aber braucht Mexiko erhebliche Unterstützungen, um überhaupt ein eigenes Monitoring zu verbessern.

NATURKATASTROPHEN STÄRKEN PROBLEMBEWUSSTSEIN

Klimatische Extremsituationen der jüngsten Zeit haben die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung im Land immer wieder auf den Klimawandel gelenkt – das Problembewusstsein in Sachen Umwelt steigt. Jedes Jahr kommen in Mexiko mehr als 500 Menschen bei Naturkatastrophen ums Leben, über eine Million Menschen verlieren regelmäßig ihr Hab und Gut, Schäden an der Infrastruktur gehen in die Milliarden. Im Frühjahr erst hat Hurricane Alex den Norden des Landes und die Industriemetropole Monterrey verwüstet.

Eine deutliche Zunahme solcher Ereignisse verzeichnet der nationale Katastrophenschutz in den zurückliegenden zehn Jahren. Regenzeiten gebe es heute in sehr viel unregelmäßiger und damit unkalkulierbarer Form als früher. Überschwemmungen und große Dürren wechselten sich ab, mit verheerenden Konsequenzen auch für die Landwirtschaft. Wissenschaftliche Studien zeigen eine zusätzliche Dramatik: Sie sprechen bei einem nachhaltigen Temperaturanstieg von erheblichen Auswirkungen auf die Biodiversität Mexikos und sehen nicht zuletzt Konsequenzen für die Tropenwälder des Landes. Die Studie *Die Ökonomie des Klimawandels in Lateinamerika und der Karibik*, die die UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) Ende 2009 vorgelegt hat, beziffert den jährlichen Schaden durch Naturkatastrophen in der Region schon jetzt auf jährlich 8,6 Milliarden Dollar, Tendenz stark steigend.

Noch immer ist das Umweltbewusstsein im Lande sehr unterentwickelt. Mexikanische Autoverkäufer wissen zwar ganz genau zu erklären, wie stark die Maschine eines Fahrzeugs ist – bei gleichem Modell erheblich stärker als zum Beispiel bei den in Deutschland angebotenen Varianten. Über Umweltstandards können sie dagegen kaum Aussagen machen.

Subventioniertes, billiges Benzin tut ein Übriges, dass gerade die besitzenden Schichten des Landes gern zu prestigeträchtigen Autos greifen, deren Durchschnittsverbrauch jenseits der 15 Liter liegt. In den Supermärkten wird der Einkauf kostenfrei in Bergen von Plastiktüten untergebracht, selbst kürzeste Wege zu Fuß zu erledigen, erwägen viele Mexikaner höchstens in Notfällen. Legendär ist die Wasserverschwendung: In der gerade in Trockenzeiten immer wieder von Kürzungen der Wasserzufuhr betroffenen Metropolregion der Bundeshauptstadt etwa erreichen rund 40 Prozent der inzwischen von weit her gepumpten Mengen die 22 Millionen Einwohner gar nicht erst – sie gehen unterwegs verloren. Investitionen in die marode Infrastruktur gelten Entscheidungsträgern als politisch unrentabel. Nur ein Bruchteil des verbrauchten Wassers wird geklärt. Die massiven Subventionen des Wasserpreises – ähnliches gilt für Elektrizität – sind zudem wenig geeignet, die Menschen zum sparsamen Umgang mit diesem knappen Gut anzuhalten. Nach wie vor gehört die tägliche morgendliche Autowäsche durch dienstbare Hausangestellte in Mexikos „besseren“ Wohnvierteln zum Standard – ebenso wie das Abspritzen der Bürgersteige.

EIN EHER STILLER PROTAGONIST

Gleichzeitig ist Mexiko mit seinen nach wie vor vorhandenen, aber stark zurückgehenden Reserven an nicht Erneuerbaren Energien, speziell Erdöl, an der Entwicklung und Nutzung Erneuerbarer Energien besonders interessiert und für Fragen der Energiekonversion empfänglich. Die Dringlichkeit der Debatte lässt sich auch daran festmachen, dass Mexiko nach wie vor rund 40 Prozent seiner Haushaltseinnahmen aus dem Verkauf von Rohöl deckt. Hier liegt auch die wichtigste Devisenquelle des Landes – deutlich vor den Überweisungen der Auslandsmexikaner in ihre Heimat und den Einnahmen aus dem Tourismus. Einnahmen aus Aktivitäten der organisierten Kriminalität bleiben dabei allerdings unberücksichtigt.

Eine erste Energiereform der Regierung Calderón gleich zu Beginn seiner sechsjährigen Amtszeit blieb – auch aufgrund zahlreicher Tabus im Zusammenhang mit der staatlichen Energiefirma PEMEX – weit hinter den Notwendigkeiten zurück und verlangt nach einer Reform der Reform. Hohe Aktualität hat diese Debatte jetzt allerdings durch den Ölunfall von BP im Golf von Mexiko und den Untergang der Plattform Deepwater Horizon erhalten. Die oberflächennahen mexikanischen Ölvorkommen, die mit geringen Kosten zum Beispiel im wichtigsten Ölfeld Cantarell gefördert werden, gehen drastisch zur Neige. Für die Erschließung neuer Felder sind just die jetzt in die Kritik geratenen Tiefseebohrungen erforderlich.

Überaus viel versprechend sind in Mexiko die Möglichkeiten für Wasser- und Windkraft sowie Bioenergie, wie Experten feststellen. Vor allem der Süden des Landes und der Bundesstaat Oaxaca mit seinen thermischen Gegebenheiten an der Engstelle zwischen Pazifik und Karibik garantieren exzellente Ergebnisse. Der Norden des Landes mit seinen ausgedehnten Wüsten- und Halbwüstengebieten bietet zudem ein enormes Potential für die Sonnenenergie, worüber sich mexikanische Politiker bereits in den USA und Europa informieren. Windkraft- und Solaranlagen haben zudem den Vorteil, kleine, nicht an das allgemeine Stromnetz des Landes angeschlossene Gemeinden dezentral zu versorgen – und davon gibt es noch viele. Auch will Mexiko auf der Suche nach einem intelligenten Energiemix nicht auf die Nuklearenergie verzichten, die mit dem Kraftwerk Laguna Verde erheblich zur Energiesicherheit des Landes beiträgt. Interessante Uranvorkommen, deren Erschließung allerdings größere Investitionen benötigte, runden das Bild ab.

Zurückhaltender ist man demgegenüber bei der Produktion von Biotreibstoffen: Hier ist die Befürchtung groß, dass diese die traditionelle Nahrungsmittelproduktion, speziell Mais, verdrängen könnte – mit erheblichen Auswirkungen gerade auf die einkommensschwächsten Teile der Bevölkerung. Die Landwirtschaft trägt in Mexiko zwar nur vier Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei, bietet aber 15 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung einen Arbeitsplatz. Der klimasensible Mais wird dabei auf 50 Prozent der mexikanischen Ackerfläche angebaut. Ein neuer Bericht der Weltbank kommt zu dem Schluss: „Die Klimaerwartungen für Mexiko im Jahr 2020 gehen von einer moderaten Reduktion der Fläche aus, auf der Mais angebaut werden kann, der Anteil der Flächen, wo dies nicht möglich ist, steigt.“

Mexiko ist mit vielen seiner Probleme und vielen seiner Antworten nicht untypisch für die Lage in den Schwellenländern. Seine Bereitschaft, international eine konstruktive Rolle zu spielen, die eigene Verantwortung zu sehen und wahrzunehmen und vor allem an der Schnittstelle zwischen entwickelter und sich entwickelnder Welt auch Vermittlerdienste anzubieten, hat sich in Cancún eindrücklich bestätigt. Das mexikanische Bekenntnis zum Multilateralismus und zur UNO steht über Jahrzehnte. Dass man trotz der eigenen Größe – 112 Millionen Einwohner und ein Bruttoinlandsprodukt, dass es fast unter die ersten zehn der Weltwirtschaft schafft – nicht immer in der ersten Reihe stehen muss, empfinden viele als wohltuend, gerade im internationalen Vergleich. Der Klimaschutz ist allerdings ein gutes Beispiel dafür, dass man auch als „stiller Protagonist“ Erfolge erzielen kann.